

## Kurzbericht

### Ausschuss für Wissenschaft und Kultur

(37. - öffentliche - Sitzung am 10. Februar 2025)

#### Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Pflichtexemplarrechts in Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4317](#)

Der - federführende - Ausschuss setzt die Beratung auf Grundlage der Vorlage 1 des GBD fort.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Weiterbildung sowie des vierten Bildungssektors und zur Einführung eines Innovationsfonds in Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4257](#)

Der - federführende - Ausschuss setzt die Beratung auf der Grundlage eines Änderungsvorschlags der Fraktion der CDU (Vorlage 1) fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* CDU

*Enthaltung:* -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Jan Henner Putzier (SPD).

3. **Masterplan Marienburg 2030 - kultur- und landesgeschichtliche Bedeutung bewahren und erschließen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6281](#)

4. **Neuer Zukunftsplan für Schloss Marienburg - ein einzigartiges kulturelles Erbe erhalten und touristisch nachhaltig nutzen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6107](#)

**dazu:** Eingabe 00914/05/19

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zusammen zu behandeln. Er nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Gründen und der Notwendigkeit für die Modernisierung der Satzung der VolkswagenStiftung sowie zu den konkreten Änderungen in der neuen Satzung und deren Auswirkungen auf die Governance der Stiftung sowie auf die weitere Arbeit der Stiftung**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU vom 5. Februar 2025 zu und bittet die Landesregierung um entsprechende Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen.

6. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Hintergründen, dem aktuellen Sachstand, der Rechtslage auf Basis des Beschlusses des VG Hannover sowie dem weiteren Vorgehen der Landesregierung vor dem Hintergrund der verwaltungsgerichtlichen Niederlage des MWK im Zusammenhang mit dem Besetzungsverfahren für das Präsidentenamt an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU vom 7. Februar 2025 zu und bittet die Landesregierung um entsprechende Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen.